

## Parlamentswahlen in Äthiopien

Smidt, Wolbert G.C.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GIGA German Institute of Global and Area Studies

### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Smidt, W. G. (2005). Parlamentswahlen in Äthiopien. *Afrika Spectrum*, 40(2), 319-330. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-105512>

### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Kurzbeitrag / Report

Wolbert G. C. Smidt

# Parlamentswahlen in Äthiopien

## Vorwahlkampf

Das Jahr 2005 wird in die Geschichte Äthiopiens als das Jahr der ersten demokratischen Wahlen eingehen. Soviel kann man - trotz der sich nach den Wahlen dramatisch verschärfenden Konflikte - aufgrund der relativ freien Berichterstattung zum Wahlkampf und der ohne größere Zwischenfälle abgelaufenen Wahlen konstatieren. Am 15. Mai [Ginbot 7, 1997, nach dem äthiopischen Kalender] wurden in 10 von den 11 Regionalstaaten (Kilil) und besonderen Verwaltungsregionen des äthiopischen Bundesstaates<sup>1</sup> das Föderalparlament (yähizb täwākayoch mikr bet, d.h. House of Peoples' Representatives, oder einfach Parlama) sowie die regionalstaatlichen Parlamente (yäkilil mikr bet) gewählt. Wegen der Verzögerung im Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur werden die Wahlen im nomadisch geprägten Somali-Teilstaat erst im August abgehalten (der offizielle Wahlkampf begann dort erst Ende Juni<sup>2</sup>). Das neue Föderalparlament wird im September, zum Beginn des neuen äthiopischen Jahres, zusammenkommen und den Ministerpräsidenten wählen.

Der Wahlkampf hatte rund neun Monate vor den Wahlen eingesetzt. Anfang 2005 verbanden sich mehrere Oppositionsparteien zu großen Parteibündnissen, die erst wenige Wochen vor den Wahlen allgemein bekannt wurden. Fünf Jahre zuvor hatte die regierende Partei, Revolutionäre Demokratische Äthiopische Volksfront (EPRDF, amharisch Ih adeg<sup>3</sup>), die aus mehreren früheren Befreiungs-

---

1 Yäityop'ya Federalawi Demokrasyawi Ripablik / Federal Democratic Republic of Ethiopia (FDRE). - Die besonderen Verwaltungsregionen sind die Städte Addis Abeba (23 Sitze im Parlament) und Dirre Dawa (2 Sitze). Die neun Regionalstaaten, die 1991 nach ethnischen Kriterien geformt wurden (bestätigt durch die Verfassung von 1995) sind: Tigray (38 Sitze), Amara (138 Sitze), Oromiyaa (178 Sitze), Afar (8 Sitze), Harari (2 Sitze), Soomaali (23 Sitze), Dibub Hizboch Biher Biheräsäboch (Southern Nations, Nationalities and Peoples [SNNP], 123 Sitze), Gambela (3 Sitze) und Beni Shangul-Gumuz (9 Sitze); Sitzverteilung, s. *Fortunev*. 15.5.2005.

2 Vgl. *The Ethiopian Herald* v. 25. Juni 2005 (Sene 18, 1997 äthiop. Kalender): 609 Personen haben sich als Kandidaten für beide Parlamente registrieren lassen; davon kandidieren 100 Personen für die 23 Sitze des Somali-Regionalstaates im Föderalparlament.

3 Kürzel für Yäityop'ya hizboch abiyotawi demokrasyawi ginbar (Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front). - Internationalem Brauch folgend, werden in diesem Artikel die englischen Partei-Kürzel verwendet. Dies ist aber - auch den internationalen

bewegungen besteht<sup>4</sup> (dominiert von der 1991 im Kampf gegen das Mengistu-Regime siegreichen Tigrayischen Volksbefreiungsfront, TPLF, tigrinisch Hiwähat<sup>5</sup>) die Wahlen gewonnen. In der Situation eines militärisch erfolgreichen Feldzuges gegen Eritrea trat seinerzeit nur eine kaum organisierte Opposition gegen die Regierungspartei an, die 535 der insgesamt 547 Parlamentssitze gewann. 2005 jedoch formierte sich in Addis Abeba u.a. die Koalition für Einheit und Demokratie (CUD, amharisch Qinidjit<sup>6</sup>), die insbesondere von Akademikern und Mittelständlern getragen wird. Ein weiteres neues Parteienbündnis, das seine Basis vor allem unter südlichen Ethnien hat, ist die Union Äthiopischer Demokratischer Kräfte (UEDF, amharisch Hibrät<sup>7</sup>). Der unter der größten äthiopischen Ethnie, den Oromo, einflussreiche Oromo-Nationalkongress (ONC, amhar. Obko<sup>8</sup>) ist eines ihrer wichtigsten Mitglieder. Die Hibrät unterstützt den Föderationsgedanken und kritisiert, dass die Regierungspartei zwar die Föderation eingeführt habe, aber versteckt weiterhin den gesamten Staat zentral kontrolliere. Im Gegensatz dazu steht CUD, die wesentliche Elemente der Föderation abschaffen will (insbesondere Artikel 39 der Verfassung<sup>9</sup>) und die Wiederherstellung der äthiopischen Einheit propagiert. Dennoch haben beide eine Koalitionsvereinbarung mit dem Ziel der Ablösung der EPRDF abgeschlossen.

---

Beobachtern oft kaum bewusst – ausgesprochen künstlich, da Englisch keine offizielle Sprache Äthiopiens ist. Die englischen Kürzel sind in der Bevölkerung in der Regel nicht bekannt; es wird grundsätzlich von *Ih'adeg* (tigrinisch *Ihiwädæg*), *Qinidjit* und *Hibrät* gesprochen, nicht von EPRDF, CUD und UEDF (letzteres ausschließlich in englischen Texten). – Ich danke an dieser Stelle meinem unermüdlichen Feldassistenten Gere Nguse für seine Hilfe.

4 Wichtigste Mitglieder sind neben der TPLF die OPDO (Oromo People's Democratic Organisation, amhar. Ohided), ANDM (Amhara National Democratic Movement, amhar. Bi'aden), Southern Ethiopian Peoples' Democratic Front (SEPDF, amhar. Däihdeg). Daneben hat die EPRDF verbündete Parteien in mehreren Teilstaaten, in denen sie nicht vertreten ist, wie die BGPDUF (Beni Shangul-Gumuz Peoples' Democratic United Front).

5 Kürzel für *Hizbawi wäyyanä harnät Tigray* (Tigray People's Liberation Front), auch vereinfacht *Wäyyanä* genannt.

6 Kürzel für *Qinidjit lä'andinnätinna lädemokrasi* (Coalition for Unity and Democracy); Vorsitzender: Ingenieur Haylu Shawel; Stellvertreter: Dr. Berhanu Nega (ein bekannter Ökonom); Sprecher: Lidetu Ayalew.

7 Kürzel für *YäIt'iyop'ya demokras'awi hayloch hibrät* (Union of Ethiopian Democratic Forces); Vorsitzender: Dr. Merara Gudina (Maraaraa Guddinaa, bekannter Politikdozent an der Universität Addis Abeba) [Oromoo], Stellvertretender Vorsitzender ist Dr. Beyene Petros (Universitätsdozent) [Hadiyya].

8 Kürzel für *Oromo biherawi kongräs* (Oromo National Congress); daneben trat die v.a. im Westen Oromiyaas erfolgreiche neue unabhängige Oromo-Partei OFDM (Oromo Federalist Democratic Movement, amhar. Ofeden) an. Diese wird geführt von Bulchaa Damaqisaa, dem Nähe zur verbotenen militanten Oromo-Befreiungsfront nachgesagt wird (OLF, amhar. Onäg).

9 Dieser Artikel der 1995 in Kraft getretenen Verfassung enthält, auch im internationalen Vergleich ungewöhnlich, eine besondere Ausprägung des Selbstbestimmungsrechts der Völker: Jeder Regionalstaat hat das Recht auf Sezession, auf der Grundlage eines Referendums des jeweiligen Staatsvolkes (bzw. der Staatsvölker).

Wegen des bedeutenden Anteils von Analphabeten in der ländlichen Bevölkerung wurden in Losverfahren den Parteien und unabhängigen Parlamentskandidaten leicht verständliche Symbole zugeteilt. Die Regierungspartei EPRDF warb mit einer Biene, CUD mit dem Victory-Zeichen. In Slogans verglich die EPRDF ihre Arbeit mit der fleißigen Arbeit von Bienen. Die CUD verstand jedoch, eine Wende-Stimmung insbesondere unter städtischen Bevölkerungen auszulösen – sogar unter Bevölkerungsgruppen, die als Nicht-Amhara an der Fortführung des föderativen Systems ein vitales Interesse haben. Die Ansicht vieler Äthiopier, es sei Zeit für einen Regierungswechsel, führte in weiten Landesteilen zu einer rapide wachsenden Sympathie insbesondere für die CUD<sup>10</sup>. Dieser Trend wurde verstärkt durch den Eindruck vieler Wähler, dass wesentliche Versprechen der Regierung, insbesondere hinsichtlich der Realisierung bürgerlicher Freiheiten und ökonomischer Entwicklung, nicht eingehalten worden seien. Das föderale System räumte zwar den verschiedenen Ethnien einen in der neueren Geschichte Äthiopiens<sup>11</sup> einmaligen Grad an Selbstbestimmung ein; jedoch herrschte der Eindruck unter den Wählern vor, dass wesentliche Entscheidungsprozesse in den Landesteilen direkt von der Regierungszentrale gelenkt wurden. In dieses Bild passte auch, dass im Jahre 2002 u.a. die Regionalregierung von Addis Abeba von der Zentralregierung abgesetzt worden war und durch eine zentral ernannte Regierung, geführt durch den Tigrayer Arkebe Oqbay, ersetzt wurde.

## Wahlkampf und Wahlbeobachtung

Die EU, sowie mehrere unabhängige NGOs wie das Carter-Center, stellten insgesamt mehrere hundert Wahlbeobachter. Mit der Ausweisung von amerikanischen Wahlbeobachtern einen Monat vor den Wahlen (vgl. *The Reporter* v. 16.4.2005) schien die Regierung zu versuchen, einerseits ihre Unabhängigkeit von den USA zu demonstrieren und andererseits durch den Aufbau einer Drohkulisse einen gewissen Grad indirekter Kontrolle über den Beobachtungsprozess zu erlangen. Der langjährige, international anerkannte Äthiopien-Experte Siegfried Pausewang,

---

10 Die Rückkehr des antiken Aksum-Obeliskens, der bisher als Kriegsbeute Mussolinis in Rom stand, kurz vor den Wahlen (der letzte Teil kam am 25. April in Aksum an, s. *Addis Tribune* v. 29. April 2005) war ein als nationales Großereignis landesweit gefeierter Erfolg der Regierung, konnte die Wechselstimmung aber nicht mehr verändern.

11 Wenig bekannt ist die Tatsache, dass das heutige Äthiopien dem historischen christlichen Reich Ityop'ya nicht entspricht. Seit dem 16. Jahrhundert umfasste dieses Reich lediglich das Hochland, somit etwa ein Drittel des heutigen Staatsgebietes. Zeitweise zerfiel es sogar in unabhängige Fürstentümer (wie z.B. Tigray, Schoa, Godjam). Seit 1853 wurden diese Teilstaaten in Eroberungskriegen geeinigt; seit Ende des 19. Jahrhunderts gelang es den schoanischen Eliten, ihre Dominanz im Staat zu etablieren und sukzessive, z.T. im Bündnis mit benachbarten Oromo-Fürsten und gefördert durch europäische Waffenhilfe, die zahlreichen, z.T. bedeutenden Nachbarstaaten zu unterwerfen. Bis 1932 wurden die neu erworbenen Provinzen sukzessive der Zentralregierung unterstellt (zuletzt das autonome Oromo-Königreich Jimmaa Abbaa Jiffaar) und traditionelle Autonomien weitgehend zerschlagen.

Soziologie-Professor in Norwegen, wurde als Mitglied des Kernteams der EU-Wahlbeobachter von der Regierung als parteilich abgelehnt, da er frühere Wahlen als undemokratisch charakterisiert hatte (vgl. *The Reporter* v. 23. April 2005). Er entging der Ausweisung, indem er von sich aus auf die Wahlbeobachtung verzichtete.

Die Wahlkampagne lief bemerkenswert frei ab. Wahlplakate verschiedener konkurrierender Parteien konnten in den beobachteten Städten ohne politische Zensur oder sonstige Einschränkungen aufgehängt werden. Auch in privaten Geschäften in Addis Abeba, ebenso wie in der EPRDF-Hochburg Tigray, wurden Plakate der wesentlichen konkurrierenden Parteien angebracht. Das Staatliche Fernsehen räumte den größeren Parteien erhebliche Sendezeiten ein. In ländlichen Regionen gab es mehr Versuche der Regierungspartei, Kontrolle über den Wahlkampf zu gewinnen, u.a. durch Nutzung lokaler Verwaltungsinfrastrukturen, wie z.B. in Dambi Dolloo, wo der inzwischen regierungskritische Ex-Präsident Dr. Negaso Gidada (in Oromiffaa: Nagaaso Gidaadaa) als unabhängiger Kandidat antrat<sup>12</sup>. Am Wochenende vor den Wahlen fanden großangelegte Sympathiekundgebungen in allen Städten Äthiopiens statt. Nach Regierungsangaben versammelten sich am 7. Mai am Mesqel-Platz in Addis Abeba rund 1,2 Millionen Menschen bei der EPRDF-Kundgebung<sup>13</sup>; jedoch war die Teilnahme der Bevölkerung an der CUD-Kundgebung am Folgetag noch bedeutender, was allerdings in den Fernsehbildern der Abendnachrichten nicht erkennbar war. Die Sprache der konkurrierenden Parteien war während des gesamten Wahlkampfes insgesamt relativ aggressiv, gelegentlich mit wohlklingenden Anforderungen zum friedlichen Zusammenleben abwechselnd. Die CUD bezichtigte die EPRDF der Zerstörung Äthiopiens durch die Einführung des Sezessionsrechts für die Regionalstaaten und die Gewährung der Unabhängigkeit an Eritrea im Jahre 1993 – was mit Forderungen verbunden wurde, Ministerpräsident Meles Zenawi müsse vor Gericht gestellt werden. Die EPRDF konterte, eine solche Spra-

---

12 Negaso Gidada setzte sich dennoch in den Wahlen durch, und zwar als einziger unabhängiger Kandidat (gem. vorläufigem Wahlergebnis vom 24. Juni 2005, s. *The Ethiopian Herald*, 25. Juni 2005). Bei Ablauf seiner Amtszeit als Präsident 2001 war ein Gesetz verabschiedet worden, das Ex-Präsidenten politische Betätigung verbot (eine *Lex Negaso*, *Proclamation 255/94*, Art. 7). Da er unter Berufung auf die Verfassung aber doch als Kandidat angetreten war, hatten die beiden Parlamentssprecher am 24. März ohne Parlamentsdebatte beschlossen, ihm seine Pension und andere Privilegien des Art. 13 der Verfassung zu streichen (vgl. *Hizbawi* v. Mägabit 17, 1997 äthiop. Kalender [= 26. März 2005]; s. *Menikv. Mägabit* 16, 1997).

13 Der Autor beobachtete an diesem Tag in Addis Abeba, dass ein Großteil der Teilnehmer noch nicht im Wahlalter waren; dieses Detail war aber auf den Fernsehbildern der Abendnachrichten nicht zu erkennen. Generell kann festgehalten werden, dass Großereignisse zahlreiche Menschen anziehen, was in diesem Fall aber als Unterstützung missdeutet wurde. Die große Zahl der Teilnehmer, in diesem Umfang erstmalig in Äthiopien, wurde auch dadurch möglich, dass die staatliche Buslinie Anbessa sowie vereinzelt, wie beobachtet, Regierungswagen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden.

14 Im Gegensatz zu den Abendnachrichten vom Vortag wurden die Menschenmassen nicht aus der Panoramaperspektive gezeigt.

che führe zu ethnischem Hass und verglich die CUD mit der Interhamwe, die für den Genozid in Ruanda verantwortlich war (was auch von der EU-Beobachtermission kritisiert wurde, vgl. *Press Digest* v. 26. Mai 2005, S. 14). Der Wahlkampf ließ ältere und neuere Traumata wiederaufleben. Seit längerem war zum Beispiel in Gesprächen in Addis Abeba kaum mehr die These zu hören gewesen, Addis Abeba sei die Beute von Tigrayern (und Eritreern) geworden und von diesen militärisch besetzt worden – nun aber tauchten ähnliche Thesen wieder auf, bis hin zu individuellen Äußerungen der Art, die Tigrayer müssten vertrieben werden. Diese Entwicklung war auch insofern bedauerlich, als sich seit wenigen Jahren eine wachsende Versöhnungsbereitschaft der Hauptstädter mit der neuen Politik abzeichnete; Äußerungen der Art Wir hassen sie zwar, aber sie machen ihre Arbeit gut passten in dieses Bild.

Auch Thesen über den gewonnenen Krieg gegen Eritrea (Friedensschluss 2000), der im Frieden wieder verloren worden sei, wurden zu einem bedeutenden Wahlkampfthema. Die CUD versuchte Wähler mit dem Argument zu gewinnen, sie hätte den Schiedsspruch des internationalen Gerichtshofs, das das umstrittene Badime Eritrea zuerkannte, niemals akzeptiert<sup>15</sup>. Die EPRDF versäumte es während des Wahlkampfes, ihre Entscheidungen mit realpolitischen Notwendigkeiten zu begründen (z.B. war Eritrea 1991 de facto bereits abgespalten, es gab somit nur die Optionen Anerkennung oder weiterer Krieg). Anstatt für ihre Politik zu werben, folgte sie eher Diffamierungsmustern, z.B. indem die Anhänger der CUD als Herumstreicher bezeichnet wurden<sup>16</sup>. Weitere wieder auflerbende Traumata spielten im Wahlkampf eine Rolle. Zum Beispiel war bis zum Sieg der

---

15 Nach andauernden Spannungen ab Dezember 1997 war der äthiopisch-eritreische Krieg im Mai 1998 erneut ausgebrochen (ein international nicht wahrgenommener Wirtschaftskrieg hatte die Krise eingeleitet). Im Mai 1998, unmittelbar vor den Parlamentswahlen, war die äthiopische Armee in weite Teile Eritreas vorgedrungen; internationaler Druck führte zum Friedensschluss mit dem militärisch gedemütigten Eritrea, verbunden mit der Formel, ein von beiden Seiten paritätisch besetztes Schiedsgericht werde den umstrittenen Grenzverlauf nach geltenden Grenzverträgen und Völkerrecht bestimmen. 2002 wurde das von Äthiopien beanspruchte Dorf Badime, das der konkrete Auslöser des Krieges war und daher eine besondere symbolische Bedeutung hatte, nach den geltenden Grenzregelungen Eritrea zugesprochen. Völkerrechtlich war dies keine Überraschung, jedoch war die äthiopische Politik darauf nicht eingegangen, da Eritrea immer als der Aggressor galt, der Badime widerrechtlich besetzt hatte.

16 Im Vorfeld der Wahlen gab es Versuche, den Wahlausgang auch in der Hauptstadt indirekt dadurch zu beeinflussen, dass die Ausgabe der Wählerkarten (Anfang 2005) eingeschränkt wurde. Wer z.B. keinen eindeutigen Wohnsitz aufweisen konnte, was subjektiven Kriterien unterlag, wurde ausgeschlossen. Aus einer internen EPRDF-Quelle aus Addis Abeba verlautete am Wahltag, dass man in der EPRDF zuversichtlich sei, dass daher sogar die Hauptstadt gewonnen werden könne (denn CUD-Anhänger würden so oft nicht wählen können). Dies zeigt, dass Teile der EPRDF den Umfang der Unterstützung für die Opposition völlig verkanteten. In manchen Kreisen wurde die insgesamt vorbildliche Ermöglichung demokratischer Wahlen durch die EPRDF so gedeutet, dass die EPRDF zu siegessicher war und darum den Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft nach mehr Demokratie nachzugehen könne glaubte.

EPRDF 1991 angesichts der Einheits-Propaganda<sup>17</sup> der Militärregierung (Derg) nur bedingt wahrgenommen worden, dass das Land längst in Reaktion auf einen brutal durchgeführten Zentralismus in seine Bestandteile zerfallen war und vor dem endgültigen Auseinanderbrechen stand. Das Föderalismus-Angebot der EPRDF schien in diesem Kontext eine realistische Möglichkeit, die bisher massiv unterdrückten Volksgruppen in das neue Äthiopien zu integrieren<sup>18</sup>. Dieser Realitätsverlust insbesondere unter städtischen Einwohnern führte dazu, dass sie Äthiopien kontrafaktisch als zersplitterter als unter dem Derg und dem kaiserlichen Regime von Haile Selassie I. wahrnahmen. Den Machtverlust der Hauptstadt, allerdings bei gleichzeitig aufblühender Wirtschaft, empfand vor allem die ältere Generation als traumatisch.

Die gegenseitigen Diffamierungen führten zu zahlreichen Ermahnungen der internationalen Gemeinschaft, die Wahlen friedlich zu gestalten. Die Regierung nutzte dies zu einer Aufforderung an die Opposition, eine formelle Gewaltverzichts-Erklärung zu unterzeichnen. Die Opposition verweigerte zunächst die Unterschrift, da das Dokument in Englisch abgefasst sei (also offenbar für ein ausländisches Publikum bestimmt) – unterschrieb dann aber die amharische Fassung kurz vor den Wahlen am 11. Mai (vgl. *Näyshin* [= Nation] v. Ginbot 6, 1997 [= 14. Mai 2005]). Dies wurde nach den Wahlen geschickt gegen die Opposition benutzt.

Die Mitglieder des Parlaments werden in Äthiopien ausschließlich durch Direktwahl bestimmt, so dass die Zusammensetzung des Parlaments nicht den Grad der Unterstützung einzelner Parteien durch die Bevölkerung widerspiegelt. Von den Wahlbüros, in denen auch lokale Wahlbeobachter zugelassen waren, wurde in der Regel von einem sehr disziplinierten Ablauf der Wahlen berichtet. Wenn die Wartenden zu zahlreich waren, blieb das Wahlbüro über die angesetzte Zeit hinaus geöffnet, so dass registrierte Wähler in der Regel wählen konnten. In manchen Regionen (z.B. Meqele, Tigray) zogen Vertreter von Nachbarschaftsvereinen nachmittags von Haus zu Haus, um zum Wählen aufzufordern, was zu der landesweit hohen Wahlbeteiligung von über 90% beitrug. Für zahlreiche Wähler, insbesondere auf dem Land, waren dies die ersten Wahlen, an denen sie teilnehmen konnten. Landesweit waren die Wahlen von einer Aufbruchsstimmung begleitet und wurden als einzigartiger historischer Moment beschrieben, nur noch vergleichbar mit dem Sturz des Kaisers 1974. Auch die Opposition erklärte, trotz allem müsse man dieses Verdienst der Regierung anrechnen, dass erstmalig demokratische Wahlen stattfänden. Lokale Wahlbeobachter, die von gesellschaftlichen Gruppen ebenso wie von der Opposition gestellt wurden, konnten am

---

17 Ein beherrschender Slogan war *Ityop'ya tiqdām* – Äthiopien zuerst. Dieser war auch auf den Geldscheinen zu lesen, über einer Darstellung der Landesgrenzen, die nach der Sezession Eritreas auf den neuen Geldscheinen von 1997 korrigiert wurden. Dies hatte wegen der symbolischen Aufladung der Landesgrenzen als Nationalsymbol eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

18 Die Sezessionstendenzen im Somali-Regionalstaat sind z.B. seither erheblich zurückgegangen.

Wahltag den Wahlprozess sowie die Stimmenauszählung begleiten. Nach der Wahl wurden die Wahlurnen versiegelt und abtransportiert, was an manchen Orten allerdings dazu führte, dass Beobachter an der Auszählung nicht teilnehmen konnten; dennoch erklärte die CUD am 30. Mai (s. *Askwal v. Ginbot* 23, 1997), ihr lägen die Ergebnisse aus allen Wahlkreisen vor, in denen ihre Kandidaten angetreten waren.

Bereits zwei Tage nach den Wahlen sprach Ministerpräsident Meles Zenawi von einem überwältigenden Sieg für die Regierungspartei<sup>19</sup>. Er musste jedoch einräumen, dass die Auszählung der Wahlbezirke der Hauptstadt ergab, dass die Opposition hier sämtliche Sitze gewonnen hatte, sowohl in der Stadtvertretung von Addis Abeba als auch im Föderalparlament. In den Folgetagen wurde klar, dass dies für fast alle Städte Äthiopiens außer in der EPRDF-Hochburg Tigray, Afar und einigen Gebieten des Südstaates (SNNP) galt. Die Auszählung in ländlichen Regionen stockte jedoch, was von der Opposition sofort als ein Versuch gedeutet wurde, eine nachträgliche Korrektur der Wahlergebnisse zu ermöglichen. Auf der Grundlage der ersten Ergebnisse aus den Städten war die CUD der Auffassung, in der großen Mehrheit der Wahlkreise Erdrutschsiege erzielt zu haben, weshalb die CUD ebenso wie zuvor die Regierungspartei vorschnell den Wahlsieg beanspruchte. Tatsächlich aber war die Opposition in rund einhundert Wahlbezirken gar nicht angetreten (z.B. im institutionell schlecht in den Staat integrierten Südstaat, der von einer Vielzahl von kulturell oft sehr eigenständigen Ethnien geprägt ist), was bereits einen erheblichen Vorsprung für die EPRDF bedeutete.

Es stellte sich jedoch tatsächlich die Frage, in welchem Umfang Wahlmanipulationen stattfanden. Sogar einen Monat nach den Wahlen lagen aus zahlreichen ländlichen Gebieten noch keine Ergebnisse vor. Dies wurde u.a. damit begründet, dass der Transport per Maulesel langwierig sei. Es war schwierig nachzuprüfen, wie weit Berichte aus der unabhängigen Presse über konkrete Wahlmanipulationen zutrafen – die äthiopische Presse ist nicht frei von einseitiger Übertreibung, weshalb nur Berichte aus erster Hand und andere Indizien heranzuziehen sind. Die EU-Wahlbeobachtergruppe, geleitet von der Europa-Parlamentarierin Ana Gomes, stellte ihrerseits Unregelmäßigkeiten fest<sup>20</sup>. Die

---

19 Vgl. u.a. Meldung in *The Reporter* v. 18. Mai 2005, die EPRDF habe nach Angaben von Meles 328 Sitze gewonnen. Die selbe Zeitung meldete, dass zahlreiche Minister ihre Wahlkreise nicht gewonnen hatten, darunter Infrastrukturminister Tefera Walwa, Erziehungsministerin Genet Zewde, Informationsminister Bereket Sim'on; nur Meles Zenawi, der in seinem Geburtsort `Adwa angetreten war, hatte seinen Sitz überzeugend verteidigt.

20 Vgl. Meldung u.a. *Capital* v. 29. Mai 2005. – Das Preliminary Statement der EU Election Observation Mission vom 17. Mai 2005 wurde vielfach veröffentlicht (vgl. u.a. *Press Digest* v. 26. Mai 2005, S. 12-15). Ein späterer, wesentlich kritischerer interner Bericht wurde im Juni in *The Reporter* veröffentlicht. Die EU-Beobachtergruppe stellte u.a. fest, dass im Vergleich zu vorigen Wahlen those of May 15 were characterized by greater political inclusiveness. In particular, conditions existed for the exercise of certain rights and freedoms ... Nevertheless, the overall political environment ... contained a number of elements which limited the full exercise of suffrage and the free expression of the will of the people. In particular the EU



verfügbaren und nachgeprüften Informationen ergeben in etwa folgendes Bild: Sowohl im Regionalstaat Amara als auch in dem bedeutendsten Regionalstaat Oromiyaa war in ländlichen Gebieten mehrfach zu beobachten, dass unmittelbar vor den Wahlen Qebele-Vorsitzende die Bevölkerung in öffentlichen Reden mit Strafmaßnahmen bedrohten, sollte diese für die Opposition stimmen. Umgekehrte Vorgänge wurden aus Addis Abeba berichtet: Kurz vor den Wahlen war fast allen lokalen Beobachtern klar, dass die CUD sich durchsetzen würde; in dieser Situation forderten lokale CUD-Vertreter kleine Regierungsangestellte auf, CUD zu wählen, sofern sie ihre Posten behalten wollten<sup>21</sup>. Für EPRDF-Anhänger ergaben sich jedoch naturgemäß wesentlich mehr Manipulierungsmöglichkeiten. Es gab Berichte von bewaffneten Gruppen, die Wahlurnen mitnahmen, von willkürlichen Verhaftungen von Oppositionsanhängern, von halbgefüllten Wahlurnen bei Öffnung von Wahllokalen und vom Austausch der Wahlzettel durch neue etc. Tendenziell konnte davon ausgegangen werden, dass Manipulationen nicht zentral gesteuert wurden, sondern lokale Phänomene waren, u.a. ganz konkret motiviert durch die Befürchtung kleinerer Qebele-Beamter, die oft einen autokratischen, repressiven Politikstil verfolgten, ihre Posten bei einem Regierungswechsel zu verlieren.

Die für die Durchführung der Wahlen zuständige unabhängige Nationale Wahlkommission (NEBE<sup>22</sup>) stellte bereits unmittelbar nach den Wahlen Manipulationen fest und führte daher kurzfristig Nachwahlen in zunächst relativ wenigen Wahlbezirken durch<sup>23</sup>. Die CUD legte jedoch wesentlich mehr Berichte über Probleme vor, die 299 Wahlbezirke betrafen. Diese führten lange nicht zu konkreten Beschlüssen, weshalb die CUD die NEBE der Parteilichkeit zieh. Der angekündigte Widerstand der Opposition gegen Wahl-Manipulationen suchte jedoch trotz wachsender Widerstands-Rhetorik zunächst primär institutionelle Kanäle.

Am Wahlabend hatte Ministerpräsident Meles ein allgemeines Demonstrationsverbot ausgesprochen und eine Anti-Demonstrationspolizei formiert. Am 2. Juni verklagte ihn die CUD daher beim Verfassungsrat, da er nach der Verfassung keine Kompetenz dazu besäße (vgl. Meldung in *Menilek v. Sene 3, 1997*, wonach das Gericht die Klage aufgrund von *Proclamation 250/93*, Art. 21/1, zur Verhandlung annahm; die Klage war jedoch nicht erfolgreich). Die NEBE wiederum wehrte Manipulations-Vorwürfe durch enges Befolgen gesetzlicher Vorschriften und Unterlassungsklage gegen CUD ab. Die CUD wiederum verklagte die NEBE - erfolgreich - wegen der vom Gesetz nicht vorgesehenen Bekanntgabe vorläufiger

---

EOM expresses its serious concern regarding threats and intimidation against supporters of opposition parties including isolated cases of murder ... (ebd. S. 12).

21 In einem Qebele in Addis Abeba mit rund 300 Regierungsangestellten gab es nur 30 Stimmen für die EPRDF.

22 Yältyop'ya mirrich'a bord (National Electoral Board of Ethiopia).

23 In sechs Wahlbezirken in Oromiyaa, Afar und im Südstaat wurden Wahlen bereits am 22. Mai wiederholt (*Press Digest v. 26. Mai 2005*, S. 2).

Wahlergebnisse Ende Mai<sup>24</sup>. Nachzählungen wurden beschlossen, zunächst unter Observation internationaler Wahlbeobachter, anschließend unter Beobachtung lokaler Parteienvertreter. Am 25. Juni wurde das Ergebnis der darauf folgenden Anhörungen von der NEBE bekannt gegeben: in 135 Wahlbezirken<sup>25</sup>, was immerhin fast ein Viertel der Parlamentssitze betrifft, wurden Untersuchungen angeordnet, mit möglichen Nachwahlen.

## Nachwahlen und Unruhen

Allgemein erwarteten lokale Beobachter Unruhen zwischen dem 6. und 8. Juni [= Sene 1, 1997 äthiop. Kalender], dem geplanten, aber kurz vorher verschobenen Datum der Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch die Wahlkommission. Am 6. Juni schlug die Anti-Demonstrationspolizei sich spontan formierende Studentenproteste massiv nieder. Die Proteste waren durch vorangegangene Erklärungen der Universitätsleitung ausgelöst worden: Anfang Juni hatten einige Studenten einen Hungerstreik begonnen, um gegen die vermuteten Wahlfälschungen zu protestieren. Die (von vielen Studenten als zu regierungsnah empfundene) Universitätsleitung jedoch verneinte die Existenz jeglichen Protests, worauf am Wochenbeginn (6. Juni) Studenten morgens die Mauern des Universitätscampus von Sidist-Kilo, wo die Geisteswissenschaften angesiedelt sind, besetzten. Mit Ankunft der Föderalpolizei, die den Weitermarsch der Studenten in die Stadt verhinderte, eskalierte die Situation. Es wurden rund 350 Studenten verhaftet, im Stadtteil Kotebe, wo das Teachers' College angesiedelt ist, eine Frau getötet. Am Folgetag wurden weitere, von der Presse aber weitgehend verschwiegene, Proteste in Awa-sa, Ambo und Bahir Dar unterdrückt; in Addis Abeba wurden die sich solidarisierenden Schüler einer Secondary School beim Mexico-Platz komplett per Lastwagen abgeführt. Die Regierung setzte somit auf massiven Druck, um den inneren Frieden zu gewährleisten. Die Strategie, Proteste den internationalen Terror-Netzwerken, denen besonders die verbotene militante Oromo-Befreiungsfront (OLF) zugerechnet wurde, zuzuordnen, wurde abgewandelt. Neue Diffamierungsstrategien konzentrieren sich auf die CUD-Opposition.

Am 8. Juni begannen die Taxifahrer, die als besonders regierungskritisch galten, einen dezentral organisierten Generalstreik in der Hauptstadt. Als erste Gegenmaßnahme wurde das Handynetz vollständig abgeschaltet; Einzelgruppen versuchten, Busse in verschiedenen Stadtteilen an der Weiterfahrt zu hindern; beim Busdepot in Merkato kam es daraufhin zum Schusswaffengebrauch durch

---

24 Vgl. *Askwal* v. Ginbot 23, 1997 (= 31. Mai 2005); EPRDF 286, CUD 113, UEDF 52, OFDM 11 Sitze; in der selben Zeitung wurde die konkurrierende Angabe der Opposition abgedruckt: EPRDF 38, CUD 158, UEDF 70, OFDM 14 Sitze. Nach dieser Bekanntgabe verschärfen sich die Konflikte rapide.

25 Deren Namen wurden in mehreren Zeitungen vollständig abgedruckt, z.B. in *Askwal* v. Sene 21, 1997 [= 28. Juni 2005] und *Capital* v. 26. Juni (69 Wahlbezirke betrafen Einsprüche der CUD, 31 der UEDF, 13 der EPRDF, 6 der OFDM und 1 der SHPDO, die Sidama Hadicho Peoples' Democratic Organisation).

die Föderalpolizei, wie auch vereinzelt in anderen Stadtteilen (Piyassa, Churchill Road, Hayahulet). Insgesamt wurden nach ersten Regierungsangaben acht Menschen getötet, nach lokalen Quellen aber 22 (die Zahl stieg auf 30, vgl. *Riportär v. Sene 5, 1997* [= 12. Juni 2005]). Ministerpräsident Meles drohte den auch am Folgetag streikenden Taxifahrern daraufhin mit einem generellen Lizenzentzug und setzte somit auf eine Bestrafungsstrategie, nicht auf Verständigung. Am 10. Juni begannen einige Taxifahrer wieder mit der Arbeit; zahlreiche Taxifahrer mussten aber die Verlängerung ihrer Lizenzen besonders beantragen und konnten erst in den Folgetagen wieder fahren. Am 11. Juni wurden die CUD-Politiker Hailu und Lidetu unter Hausarrest gestellt und das Gerücht verbreitet, sie wollten das Land verlassen; am 13. wurde der Hausarrest vorläufig aufgehoben (s. *Riportär v. Sene 5, 1997; It'Op' v. Sene 8, 1997*). Im Juli wurden Gerichtsverfahren wegen schwerer Verbrechen gegen den öffentlichen Frieden gegen neun der wichtigsten Oppositionsführer angekündigt; die Proteste seien durch sie direkt ausgelöst worden (vgl. *Askwal v. Hamle 5, 1997* [= 12. Juli 2005]).

Mit der harten Vorgehensweise der Regierung waren entscheidende Schritte versäumt worden, die Opposition in das politische System zu integrieren. Diese orientiert sich seit den ersten Tagen nach den Wahlen an Ideen des zivilen Widerstandes nach dem Vorbild der orangenen Revolution in der Ukraine. Der Illegitimität der Regierung wurde die durch Wahlen gewonnene Legitimität der Opposition entgegengestellt. Diese Perspektive wurde von einem bedeutenden Anteil der Bevölkerung der Hauptstadt geteilt, insbesondere der gebildeten Mittelschicht sowie unter Amharen (insbesondere aus Schoa, wo sich die Hauptstadt befindet)<sup>26</sup>. Dagegen identifizieren Angehörige anderer Ethnien die CUD oft als Repräsentantin jener Gruppen, die ihre Herrschaft über das restliche Äthiopien 1991 verloren hatten. Im Gegensatz zur Ukraine existiert in Äthiopien gerade keine breite oppositionelle Volksbewegung, da sowohl Opposition als auch Regierungspartei bedeutende Bevölkerungsteile vertreten.

Besonders im Internet, das von der äthiopischen Diaspora stark dominiert wird, ist wachsende Kritik an der Regierung zu beobachten. Das von der Regierung nicht kontrollierbare Internet ist ein wichtiger Faktor der politischen Auseinandersetzung geworden. Positiv ist dabei zu vermerken, dass Informationen über Vorgänge rund um die Wahlen schnell publik wurden und somit weniger

---

26 Diese Bevölkerungsgruppe ist in der urban geprägten äthiopischen Diaspora besonders stark vertreten; diese organisierte nach den Wahlen massive Großdemonstrationen gegen die Regierung u.a. in Deutschland und den USA. Es besteht dabei ein bemerkenswertes Missverhältnis darin, dass in der Zeit der Derg-Regierung (bis 1991), die durch unvergleichlich umfassendere Menschenrechtsverletzungen und mehrfache Massaker u.a. in Tigray und Eritrea auffiel, die Agitation der äthiopischen Diaspora recht schwach war. EPRDF-freundliche Kreise erklären dies damit, dass damals die Vorherrschaft der Amharen, zu denen auch ein Großteil der äthiopischen Diaspora gehörte, nicht bedroht war; dies trifft wahrscheinlich einen Teil der Wahrheit, wobei aber das massive Anwachsen politischer Betätigung in der Diaspora primär zu korrelieren sein dürfte mit den wachsenden *Möglichkeiten* politischer Vernetzung und Ausdrucksmöglichkeiten, u.a. durch die vergleichsweise freie Presse, die nach 1991 in Äthiopien entstand und – wie später auch das Internet – von der Diaspora intensiv genutzt wird.

leicht manipulierbar waren<sup>27</sup>. Verbal setzte die CUD auf zivilen Widerstand durch einfallreiche Protestformen. Das Demonstrationsverbot wurde z.B. durch den Aufruf zu massivem Kirchen- und Moscheenbesuch und Beten gegen Wahlbetrug unterlaufen (vgl. *Informer* v. 27. Mai). Insgesamt ist aber festzuhalten: Die Tendenz zur militanten Konfliktaustragung, außerhalb der Institutionen, verstärkte sich dennoch im ersten Monat nach den Wahlen.

Die EU übte daraufhin erheblichen Druck auf die gegeneinander stehenden politischen Kräfte aus, sich an institutionelle Wege der Konfliktaustragung zu halten. Auf EU-Vermittlung wurde daher am 9. Juni eine Kooperationsvereinbarung zwischen EPRDF, CUD und UEDF unterzeichnet, die die unabhängige Rolle der NEBE betont und festhält, dass allen Einsprüchen gegen die Wahlen nachgegangen werden müsse. Zunächst schien dies ein Erfolg auf dem Weg der Stärkung demokratischer Institutionen zu sein, jedoch war insbesondere auf Seiten der CUD ein tiefes Misstrauen diesen Institutionen gegenüber zu beobachten; daraus ergab sich eine eingeschränkte Bindungskraft dieser Vereinbarung. Dem entsprach es, dass der CUD-Vorsitzende, Haylu, Ende Juni erklärte (s. *Askwal* v. Sene 21, 1997), er habe die Vereinbarung nie unterschrieben (tatsächlich war es einer seiner Repräsentanten). Ministerpräsident Meles Zenawi erklärte seinerseits etwa zur selben Zeit, die Regierung könne auch ohne ausländische Hilfe die internen Probleme lösen; auch damals im Busch<sup>28</sup> habe man alles allein entschieden. Es war somit zu beobachten – wie so oft in Äthiopien – dass die Respektierung von Abkommen weitgehend den Regeln politischer Opportunität unterworfen wird, und zwar auf beiden Seiten. Ausländischer Druck hat nur bedingte Wirkung und führt im schlimmsten Fall nur zur Existenz eines Papiers, das in Berichten ausländischer Beobachter zitiert werden kann, intern aber lediglich als Instrument angesehen wird, sich die Möglichkeit ausländischer Hilfe zu bewahren. Dass ausländische Regierungen aber nicht bereit sind, in der Frage der Wahlen wegzusehen, zeigt die Tatsache, dass die britische Regierung im Juli ihre Hilfen einfro.

---

27 Aufrufe zur Mäßigung u.a. durch Nutzung institutioneller Wege sind im Internet erfreulicherweise nicht selten; jedoch trifft noch immer die Diagnose zu, dass es weniger zum *Austausch* von Meinungen und Argumenten dient, sondern mehr als Instrument zur *Durchsetzung* bestimmter Positionen (wie beobachtet im eritreisch-äthiopischen Krieg, dort allerdings verstärkt, vgl. W. Smidt: *Kriegsführung und Demokratisierung im Internet. Wie sich die Diaspora am Äthiopien-Eritrea-Krieg beteiligt hat*, in: *epd-Entwicklungspolitik* 23/24, Dezember 2001, S. 30-33).

28 Die TPLF ist geprägt von der Erfahrung, dass sie seit den 1970er Jahren als Guerilla-Organisation im Kampf gegen die brutale Derg-Regierung unter Führung Colonel Mengistus weitgehend allein auf sich gestellt war. Zunächst folgte die TPLF einem albanisch geprägten Kommunismus als Leitideologie, entwickelte aber seit den späten 1980er Jahren ein neues Ideologiemisch aus Staatsdirigimus, Kapitalismus und demokratischen Elementen (Äthiopien wird daher heute u.a. als Fassadendemokratie klassifiziert, vgl R. Tetzlaff – C. Jacobbeit: *Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Lehrbuch Grundwissen Politik*, Wiesbaden 2005: 195).

Die Regierung bereitete seit Juni die Situation nach den Wahlen schrittweise durch gezielte Machtverlagerungen vor. Der unter Oromo weitverbreitete Wunsch nach Etablierung der Hauptstadt Oromiyaas in Addis Abeba (früher reines Oromo-Gebiet unter dem Namen Finfinnee) wird nun erfüllt (vgl. *Askwa* v. Sene 7, 1997 [= 14. Juni 2005]); die Transport-Behörde wurde aus der Verantwortung der Stadtregierung von Addis Abeba der Föderalregierung übertragen, womit der zukünftigen CUD-Stadtregierung die wichtigsten Einnahmen verloren gehen (s. *Riportär* v. Sene 5, 1995 [= 12. Juni 2005]).

Nach den letzten vorläufigen Ergebnissen vom 24. Juni, die alle Wahlkreise (außer fünf v.a. im Südstaat und die Wahlen auf den Universitätscampi) berücksichtigen, haben die EPRDF 303, die Oppositionsparteien CUD 123, UEDF 56, OFDM 11, und kleinere z.T. mit der EPRDF verbündete Regionalparteien 25 Sitze gewonnen, neben einem Unabhängigen (*The Ethiopian Herald* v. 25. Juni 2005)<sup>29</sup>. Nach endgültigem Feststehen aller Wahlergebnisse wird im September der neue Ministerpräsident vom Parlament gewählt. Schon jetzt ist aber zu erkennen, dass insbesondere in den Städten eine neuerliche Regierungsübernahme durch die EPRDF nicht als durch Wahlen legitimiert anerkannt würde. Man konnte aber insgesamt auch eine Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Institutionen beobachten, was trotz mangelnden Grundkonsenses der politischen Eliten zu vorsichtigem Optimismus Anlass geben kann.

---

**Wolbert G. C. Smidt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt *Friedensräume in Tigray und Eritrea unter Druck* (Politische Wissenschaft, Universität Hamburg) und derzeit auf Feldforschung in Tigray/Äthiopien (2004/05). Während des Wahlkampfes hielt er sich in Tigray und Addis Abeba auf; am Wahltag besuchte er Wahllokale in Meqele (Tigray), während der Unruhen war er in Addis Abeba.

---

<sup>29</sup> Einschub nach Redaktionsschluss: Die NEBE gab am 8. Juli, also genau einen Monat später als ursprünglich geplant, die ersten amtlichen Wahlergebnisse bekannt (für 307 Wahlbezirke). Wahlbezirke, die noch der Überprüfung unterlagen, wurden dabei entgegen der Befürchtungen der Opposition ausgespart, womit sich die NEBE als unabhängige Institution bewährte. EPRDF: 139 Sitze, dazu mit ihr verbündete Parteien 21 Sitze (BGPDUF 8, ANDP 6, GPDM, je 1 HNL, SPDP, ANDO, SMPDUO); Opposition: CUD 93, UEDF 42, OFDM 11, 1 Unabhängiger (Dr. Negaso Gidada). Damit ist der Wahlausgang offiziell noch unentschieden. Die Wahlen im Somali-Regionalstaat werden trotz der nur 23 Sitze eine entscheidende Rolle spielen, wenn die Überprüfungen der noch fehlenden Ergebnisse und teilweise Nachwahlen in 217 Wahlbezirken ein ähnlich gespaltenes Ergebnis nach sich ziehen sollten (vgl. *The Ethiopian Herald* v. 9.7.2005, *The Reporter* v. 9.7.2005, *Abbay* v. Hamle 2, 1997 [= 9.7.2005]).